

Nur dumme Wahlkampfparolen?

SPD und Grüne haben mit ihrem Regierungshandeln Lohndumping gefördert. Jetzt fordern beide den Mindestlohn. Ist in dieser Mogelpackung drin was drauf steht?

Mehr auf Seite 3

Harvard in der Heide?

Eine Uni wird auf Elite getrimmt und plant nen 80 Mio. € Luxusbau und die Studiengebühren kann sich kaum noch einer leisten. Wie Bildung immer mehr zur Ware wird: Seite 2

private Straßenbeleuchtung

Warum der Stadt noch immer kein Licht aufgeht und die Luna Lüneburg eine Mogelpackung mit Privatisierung durch die Hintertür ist. Da hilft auch kein Bürgerbegehren, dass Tafelsilber anderswo verscherbelt.

Mehr auf Seite 4

Jobben für einen Euro: Armut trotz Arbeit



1-Euro-Zwangsarbeiter demonstrieren vor der ARGE

Sie putzen Schulen, fegen die Lüneburger Innenstadt, pflegen die Parks, kellnern im Café, graben Teiche oder helfen in der Ratsbücherei beim Sortieren der Bücher: Das alles für 1 oder 2 Euro in der Stunde. Es sind Hartz-IV-Empfänger, die zu dieser Arbeit gezwungen werden können, denn sonst werden Ihnen die Sozialleistungen gestrichen. 761 1-Euro-Jobber gibt es im Landkreis Lüneburg. Im Gegensatz zu normalen Arbeitnehmern erhalten sie keinen bezahlten Urlaub und keine Lohnfortzahlung bei Krankheit. Von Weihnachts- oder Urlaubsgeld können Sie nur träumen.

Mehr auf Seite 3

LINKS wählen! Soziale Gerechtigkeit wählen!

„Was kann DIE LINKE als kleine Oppositionspartei schon ändern?“ – lautet ein Vorurteil, das wir noch manchmal hören. Dabei hat DIE LINKE wie keine andere Partei die Politik in der Bundesrepublik verändert. Wir haben das Thema soziale Gerechtigkeit wieder auf die Tagesordnung gesetzt. Noch vor wenigen Jahren haben alle im Bundestag vertretenden Parteien die Politik der Sozialkürzungen als alternativlos dargestellt. Erst mit dem Einzug der Bundestagsfraktion DIE LINKE hat sich das gewandelt. Mit dem Slogan „Gerechtigkeit kommt wieder an“ geht die SPD nun auf Stimmenfang. Aber wer glaubt eigentlich, dass die Sozialdemokraten es ernst meinen?

Wenn DIE LINKE am 27. Januar 2008 erstmals auch in westdeutschen Flächenländern in die Landesparlamente einzieht, dann ist das ein ganz wichtiges, politisches Signal. Es zeigt, dass immer mehr Menschen mit der Politik der sozialen Kälte nicht einverstanden sind. Die LINKE wird in den Landtagen den Druck auf die etablierten Parteien weiter erhöhen. Also wählen gehen lohnt sich: Für soziale Gerechtigkeit. Wer nicht wählt, kann auch nichts ändern. Kurzvorstellung unserer Kandidaten auf Seite 4.



Gysi kommt!

als Gast: Peter Sodann (Tatort)
Mo., 21.01.08, 19 Uhr, Vamos

www.dielinke-lueneburg.de

Harvard in der Heide?

Die Universität Lüneburg hat mit der Fachhochschule die erste Unifusion in Deutschland eingeleitet und war die erste Stiftungsuni. Das neue, Bertelsmann- und McKinsey nahe Präsidium hat die Uni umbenannt und ein neues Design verpasst ohne die Studierenden zu beteiligen.. „Leuphana“ soll eine Elite-Uni werden, in der nicht mehr jeder studieren

darf. Die Uni wird sich ihre Studierenden willkürlich herauspicken. Kritische Wissenschaften und Studierende bleiben auf der Strecke..

2006 wurden allgemeine Studiengebühren von 1.000 € pro Jahr eingeführt. Viele können sich nun ein Studium nicht mehr leisten. Sie müssen sich risikoreich verschulden, vor allem

in Wissenschaften, in denen keine Aussicht auf einen hochbezahlten Beruf besteht. Die Zahl der Studenten ist um fast ein Fünftel zurückgegangen.

Die Universitäten werden zukünftig stärker von privaten Investoren abhängig, gelehrt und geforscht wird nur, was den Interessen der Geldgeber entspricht. So schenkte der Versandhausriese OTTO der Uni Lüneburg Stipendien für Erstsemester, die dafür zwei zusätzliche Semester lang bei Otto arbeiten müssen. Ebenso eine Professur für Unternehmensmanagement, mit der sie aber einen Studiengang für Otto-Nachwuchsmanager anbieten muss.

Das Kronjuwel des neuen Unikonzeptes ist ein überdimensioniertes Audimax, dass

der internationale Stararchitekt Libeskind der Uni für 80 Mio. € planen soll. Dabei leidet die Uni seit Jahrzehnten an fehlenden Finanzmitteln für die Lehre und an Grundausstattung wie Lehrbücher. Der Stadt wurde versprochen, dass sie es als große Stadthalle nutzen kann, hat ihre eigenen Pläne begraben und 5 Mio. € Zuschuss zugesagt. Nun stellt sich raus, dass sie nicht für 4.000 sondern nur 1.200 Besucher geplant wird, für eine Stadthalle also viel zu klein. Auch die enormen Kosten für den laufenden Betrieb eines solchen Gebäudes kann und will niemand übernehmen. Die Stadt wurde ausgespielt und die Uni hat sich verhöhnt.

Jetzt wurde bekannt, dass der Vizepräsident nebenbei eine private Firma betreibt, die Luxusvillen von Libeskind verkauft. Will sich Holm Keller hier ein Stargebäude als Aushängeschild für seine Firma bauen lassen um Aufträge an Land zu ziehen? Wird gegen ihn bald wegen Vorteilsnahme im Amt ermittelt werden?

Wir wollen eine völlig andere Bildungspolitik! Bildung ist für uns öffentliche Aufgabe und Grundrecht. Sie muss frei von Wirtschaftseinfluss bleiben. Sie muss jedem Menschen offen stehen, nicht nur denen, die es sich leisten können. Wir wollen ein gebührenfreies Bildungssystem in Kindergärten, Schulen, Unis und allen Weiterbildungseinrichtungen. Alle Formen von Studiengebühren gehören abgeschafft, denn sie

sind ungerecht und verschärfen die soziale Auslese. M.R.

DIE LINKE. fordert:

Eine Hochschule in öffentlicher Verantwortung.

Die vollständige und sofortige Rücknahme der Studiengebühren.

Die Rücknahme der Studienplatzkürzungen an der Uni Lüneburg.

Tariflöhne für alle Hochschulmitarbeiter auch für Hilfskräfte.

Eine Berechtigung zum Master haben für jeden Bachelor.

Die öffentliche Bekanntmachung der Pläne zum Audimax.

Eine Bafög-Reform, die mehr Studierende fördert und eine Unterstützung, die nicht zurückgezahlt werden muss.

Die Übernahme der Schulbusfahrkosten für Kinder von Hartz-IV-Empfängern.

Eine Ausbildungsplatzabgabe für alle Betriebe, mit mehr als 10 Mitarbeitern, die nicht ausbilden. Das Geld kommt der Berufsausbildung für alle zugute.

Die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems. Flächendeckende Einrichtung von Gesamtschulen, angefangen mit der Umwandlung des Schulzentrums Kreideberg.



die offiziellen Pläne für das neue Audimax

Fortsetzung von Seite 1:

Ein-Euro-Jobber ohne Perspektive

Weniger als 10% der Ein-Euro-Jobber haben während ihrer „Beschäftigung“ ein reguläres Arbeitsverhältnis gefunden, die Maßnahmen führen also fast nie zum Erfolg! Ein-Euro-Jobber werden aber nicht als arbeitslos geführt und tauchen deshalb in der Arbeitslosenstatistik gar nicht auf. Für jeden Ein-Euro-Jobber zahlt die ARGE eine Kostenpauschale von mindestens 189 € je Teilnehmer und Monat an ihre Arbeitgeber. Hieraus ergeben sich jährliche Kosten von über 1,7 Millionen €. Die wären bei den Betroffenen besser aufgehoben, doch stattdessen arbeiten sie für `n Appel und `n Ei! J.V.



DIE LINKE. fordert:
Arbeitsgelegenheiten nur auf freiwilliger Basis! Art und Umfang der Tätigkeiten müssen selbst bestimmt werden können! Bezahlten Urlaub und Lohnfortzahlung bei Krankheit! Genaue Einzelfallprüfung, damit die Arbeitsgelegenheiten keine regulären Jobs verdrängen!

Nur dumme Wahlkampfparolen?

SPD und Grüne = Die Agenda 2010 im Gepäck

DIE LINKE. hat 2005 einen gesetzlichen Mindestlohn vorgeschlagen. Jetzt tut die SPD so, als hätte sie ihn erfunden. Die SPD Forderung aus einer aktuellen Unterschriftenaktion für den Mindestlohn hat DIE LINKE. Im Bundestag zur

Abstimmung gestellt und da zeigte die SPD ihr wahres Gesicht: Aus Rücksicht auf die CDU hat sie ihren eigenen Text abgelehnt. Seit dem Hamburger Parteitag steht erneut der demokratische Sozialismus im Programm. Mit diesem pseudolinken Image hofft man, die in Scharen zur „Linken“ geflüchteten Wähler wieder an die Angel zu bekommen. SPD und Grüne haben mit der Agenda 2010 aber genau die Lawine von Armutsjobber, Elendsrentner und Hartz IV Opfer losgetreten, deren Probleme wir heute überall zu spüren bekommen. Also, Wähler: Vorsicht vor Mogelpackungen in denen nicht drin ist, was draufsteht!
R.P.



Wussten Sie schon, dass ...

- ▶ ...das Privatvermögen pro Sekunde um ca. 7.134 Euro, der Schuldzins in der gleichen Zeit „nur“ um 539 Euro wächst?
- ▶ ...das „Märchen von zu wenig Geld“ falsch, das „Märchen von der ungerechten Verteilung“ jedoch wahr ist?
- ▶ ...nur 12% der Kinder aus „Arbeiterfamilien“ ein Studium aufnehmen- die Zahl durch die Einführung der Studiengebühren aber weiter sinken wird?
- ▶ ...geringfügige Beschäftigungen und Ein-Euro- und Zwei-Euro-Jobs positiv in die Arbeitslosenquote einfließen, die „rückläufige“ Arbeitslosenquote also nicht die Realität widerspiegelt?
- ▶ ...immer mehr Menschen trotz regelmäßiger Arbeit zusätzlich auf Hartz IV angewiesen sind?

Landtagswahl 2008 – Unsere Kandidaten

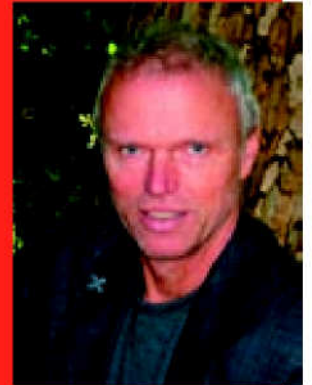
Malte Riechey

Ich bin Direktkandidat der Linken für den Wahlkreis Lüneburg, bin 29 Jahre alt und habe in Lüneburg Wirtschafts- und Sozialwissenschaften studiert und ein Ergänzungsstudium zur Nachhaltigkeit absolviert. Als Diplom Ökonom schreibe ich an meiner politikwissenschaftlichen Doktorarbeit und als Fraktionsvorsitzender der Linken im Stadtrat Lüneburg bringe ich meine Erfahrungen aus der Kommunalpolitik mit. Durch Praktika während meines Studiums habe ich bereits Erfahrungen im Deutschen Bundestag und im Europäischen Parlament gesammelt. Ich habe, mich auch lange Jahre in den sozialen Bewegungen engagiert, die lokale attac Gruppe aufgebaut und das Welt- und die Europäischen Sozialforen besucht. Meine Schwerpunkte sind Bildungs-, Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie Nachhaltigkeit und Globalisierung. Ich werde mich für ein gerechtes Bildungssystem, den Erhalt der öffentlichen Daseinsvorsorge und für soziale Gerechtigkeit einsetzen.



Kurt Herzog

Ich kandidiere im Wahlkreis 48 Elbe und auf Platz 6 der Landesliste, bin 56 Jahre alt und habe zwei Kinder. Ich bin Dipl.-Ingenieur, arbeite bei einer Solarfirma und bin auch tätig als Geschäftsführer einer Solarbetreibergesellschaft. 1986 erstmals gewählt, mache ich in Lüchow-Dannenberg mit Leib und Seele Kommunalpolitik und bin jetzt stellvertretender Bürgermeister in der Samtgemeinde Elbtalau. Über 30 Jahre bin ich in der Anti-Atom Bewegung aktiv. 2000 trat ich wegen des Angriffskrieges gegen Jugoslawien, des Atomkonsenses und des Sozialabbaus bei den Grünen aus und arbeite nun bei den LINKEN. Im Niedersächsischen Landtag will ich für eine Politik stehen, die für eine soziale, ökologische und ökonomische Nachhaltigkeit streitet. Mit meinen Schwerpunkten Anti-Atom, erneuerbare Energien und breiter kommunaler Erfahrung im strukturschwachen ländlichen Raum will ich zu inhaltlich ausgezogener Stärke beitragen.



Bürgerbegehren:

Lampenverkauf nicht durch Privatisierungen finanzieren

Einige Lüneburger haben ein Bürgerbegehren zum Erhalt der Straßenbeleuchtung angestoßen, dass sie mit dem Verkauf von Aktien der E.ON Avacon oder Anteile der Wohnungsbaugesellschaft LüWoBau finanzieren wollen. DIE LINKE unterstützt zwar jedes Bürgerbegehren, das sich klar gegen die Privatisierung der Straßenbeleuchtung ausspricht, aber nur, wenn nicht an anderer Stelle privatisiert wird. Da es mit dem Verkauf anderen öffentlichen Eigentums finanziert werden soll, lehnen wir dies ab.

Die Stadt scheint dem Druck zum Erhalt der öffentlichen Straßenbeleuchtung nachzugeben und will nun eine Luna Lüneburg GmbH gründen, die die Beleuchtung kaufen soll. Ist die öffentliche Versorgung damit gerettet? Leider nicht! Im Kleingedruckten stehen die Pferdefüße: Die e.on Avacon, der heimliche Favorit von Oberbürgermeister Ulrich Mädge für den Verkauf, soll knapp zur Hälfte beteiligt

werden. Damit versucht die Stadt das Bürgerbegehren auszuhebeln und eine Teilprivatisierung durch die Hintertür durchzusetzen! Begründet wird das damit, dass die Stadt das Geld braucht und fachlich vom Betrieb der Beleuchtung auch keine Ahnung hat. Tatsächlich hat die Stadt bereits 4 Mio. € aus dem Lampenverkauf in den Haushalt 2008 eingestellt.

Stromsparinvestitionen sind hoch profitabel, weil die laufenden Kosten durch künftige Energieeinsparungen erheblich gesenkt werden können. Das fehlende Fachwissen kann ein regionales Ingenieurbüro erarbeiten, um auch zukünftig die richtigen Investitionen zur Einsparung und Erneuerung zu garantieren. M.R.

Impressum

Redaktion: Jobst H. Müller, Martin Nass, Rainer Petroll, Malte Riechey, Jörg Venderbosch

Herausgeber: DIE LINKE. Kreisverband Lüneburg,
www.DieLinke-Lueneburg.de

V.i.S.d.P.: Martin Nass, Katharinenring 17, 21409 Embsen

Layout: M. Lange